

Die Integration der KU in die FU

Unlängst schrieb der Kölner Soziologe Erwin Scheuch in der ZEIT einen polemischen Artikel gegen die Außer parlamentarische Opposition unter dem Titel: »Das Gewerbe der Rebellen«, in dem auch der lapidare Satz zu lesen war: »Die von linksextremen Studenten mit Unterstützung der Universität in der Bundesrepublik selbst abgehaltenen Kurse mit der Bezeichnung ›Kritische Universität‹ waren an allen Orten ein Fehlschlag.«

Der hämische Duktus dieser gesamten »Anleitung zum Verständnis studentischer Protestaktionen« ist jedoch nur komplementär zum Wehgeschrei einer bürgerlichen Öffentlichkeit, die sich – vom ersten Schrecken erholend – nun wieder sicher wähnt und den Urheber der Provokationen die eigene Entblößung entgelten lassen will.

Dem oberflächlichen Betrachter stellt sich das Schicksal der »Kritischen Universität« als Desaster dar und als symptomatisch für die theoretischen Bemühungen der radikaldemokratischen studentischen Opposition. Freilich ist es symptomatisch in einem ganz anderen Sinne, wie sich zeigen wird.

Zunächst scheint soviel festzustehen: Die »Kritische Universität« als plakatierte Organisation hat sich nicht mehr über die Semesterferien hinüberzuretten vermocht; und ihr Ende wurde bereits in den ereignisreichen Tagen des ausgehenden Sommersemesters sichtbar. Ihr Tod als Organisation hat jedoch nicht ihr Ende als wirksame Idee bedeutet. Mehr noch: die allmähliche Verselbständigung ihrer immer nur assoziierten Glieder war als Folge veränderter politischer Umstände schon in der Gründungsintention angelegt.

Von Anfang an gab es verschiedene Positionen unter den Initiatoren. Die einen leitete nur der Wunsch nach praktischer Studienreform. Dazu heißt es im ersten, provisorischen Programm aus dem Sommer 1967: Die Kritische Universität »kann dazu beitragen ... das Studium sowohl unmittelbar interessanter und lebendiger werden zu lassen, als auch nützlicher für die künftigen speziellen Berufsanforderungen zu machen.«

Sie wollten eher ein Ergänzungsprogramm mit bislang vernachlässigten neuen und interdisziplinären Gebieten. Andere – und sicherlich der größte Teil – stellte sich überdies zur Aufgabe: »die aktuellen politischen Ziele und Aktionen der demokratischen Oppositionsbewegung unter den Studenten und der Jugend Westberlins durch wissenschaftliche Analyse und kritische Reflexion effektiv zu machen.« Das bedeutete, die Mittel zur Kritik der universitären Wissenschaft zu Mitteln der Gesellschaftskritik auszubauen.

Schließlich stieß auch eine kleine Gruppe zu den KU-Gründern, die bereits die »Möglichkeit eines unverhüllten Klassenkampfes ins Auge« fasste. Im Programm zum Wintersemester 1967/68 formulierte sie ihre weitgesteckten euphorischen Erwartungen. »Gerade weil das Zusammenspiel der Bürokratien des Staates, der Kapitalisten und der Gewerkschaftsspitze in unserer Stadt so umfassend ist, werden die ersten spontanen Abwehrkämpfe der Arbeit das System im ganzen in Frage stellen, wird im Klassenkampf das Bild der Gegengesellschaft aufblitzen. In diesem Augenblick wird die auf Praxis gerichtete Universität zur praktisch umwälzenden, zur Gegenuniversität.« Konsequenterweise wollte sie diese Gegenuniversität – am Modell der Berliner Räteschule von 1920 orientiert – am liebsten in eine Baracke eines Berliner Arbeiterbezirks verlegen.

Es kam nicht dazu. Und das lag nicht nur an der allgemeinen politischen Situation Berlins oder an der zu großen Kluft zwischen Dahlem und dem Wedding, sondern auch an objektiven ökonomischen Bedingungen. Das heißt, die Verlagerung Westberliner Produktionsstätten in die Bundesrepublik ging so allmählich und verschleiert vor sich, daß nur wenige Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Lage und damit in Bewegung gesetzt werden konnten; als Agitationsmittel erhielt es nur partiellen Wert. So konnte auch die geringe Resonanz der Antinotstandsdemonstration im Berliner Norden trotz der manipulierten Schichtwechsel in den Betrieben als Indiz gewertet werden.

Aber auch andere Absichten der Gründer ließen sich nicht verwirklichen. Man war sich klar darüber, daß bei Verwendung des Namens »Universität« – auch mit kritischem Attribut – immer noch eine Fixierung an die bekämpfte Institution vorlag, die ein Moment von Unfreiheit für das Experiment barg, an dem die wohlmeinenden und gehässigen Kritiker immer wieder einhaken würden. Dabei war von vornherein kein Zweifel daran gelassen worden, daß andere Wege der Organisation und der Didaktik eingeschlagen werden sollten. Allein schon mit dem ganz anderen Theorie-Praxis-Verhältnis der KU war eine deutliche Abkehr vom herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb klargestellt.

Der konsequent demokratische Aufbau der KU und die herrschaftsfreie Seminarstruktur stellten jedoch hohe Anforderungen an die Einsatzbereitschaft der Studenten. Zugleich mit dem neuen Praxisbegriff wuchs auch das Engagement bei den politischen Auseinandersetzungen auf dem Campus und in der Stadt. Nimmt man hinzu, daß viele Studenten wegen limitierter und knapp bemessener Stipendien und Unterstützungen die nicht für das offizielle Studium angerechnete Leistung nur im sparsamen, effizienten Einsatz aufbringen konnten, wird deutlich, daß die Kritische Universität noch vor ihrer ersten Konsolidierung mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die der autoritär geführten Leistungsuniversität herkömmlichen Zuschnitts fremd waren.

Der bescheidenere Untertitel im endgültigen Programm für das Wintersemester 1967/68 »Freie Studienorganisation der Studenten« war, obwohl er die nichtstudentischen Teilnehmer ausklammerte, dennoch der realistischere. Diese freie Studienorganisation hatte nur im unregelmäßig besuchten Delegiertenrat und im Initiativ Ausschuß eine gemeinsame organisatorische Basis. In dem Maße nun, wie sich die Aktivitäten der Arbeitskreise verselbständigten, sank auch das Gemeinschaftsbewußtsein; KU wurde zum bloßen Firmenzeichen, hinter dem sich die verschiedenen Tendenzen isoliert von einander entwickelten.

Aber obwohl mit dieser Wendung keiner der Initiatoren bewußt gerechnet hatte, war sogar dieser Ausgang in ihrem Programm vorgezeichnet. Als eine der Hauptaufgaben der KU wird im provisorischen Programm vom Sommer 1967 bezeichnet: »Verbreiterung und Intensivierung politischer Praxis, sei es in spontanen Aktionszentren, politischen Hochschulgruppen oder in der Studentenvertretung, mit Hilfe wissenschaftlicher Analyse und Kritik«.

Genau diese Tendenz bezeichnete die künftige Hauptentwicklung: in wissenschaftlichen Diskussionen effizient gemachte Theorie fand ihre Praxis an der Basis und in der Öffentlichkeit. So gesehen konnte und mußte der Seminarbetrieb der KU nur Durchgangsstadium sein. Die ersten Anzeichen für diese Entwicklung waren bereits Ende des ersten Semesters der KU, im vergangenen Winter sichtbar. Die verschiedenen Ansätze zu sprachkritischen Arbeitskreisen führten schließlich zur Projektgruppe »Springer-Tribunal«, die sich unter der Mitarbeit von Republikanischem Club und SDS nach dem Springer-Hearing im Februar 1968 zum etwas fragwürdigen Institut für Gegenöffentlichkeit verselbständigte, während eine Minderheit das alte KU-Programm fortsetzte.

Eine andere Kampagne ergab sich aus der Vorbereitung des 1. Mai-Feiertages, als eines Kampftages der Arbeiterklasse, an der sich auch einige KU-Arbeitskreise beteiligten. Über die damit verbundene Vermittlungsmöglichkeit zwischen Theorie und selbstbestimmter Praxis

formulierte der Initiativausschuß der KU im Programm für das Sommersemester: »Die Kampagne 1. Mai wird damit ein Modellfall für eine bestimmte Arbeitsweise der KU. Diese projektorientierte Zusammenarbeit stellt einen Versuch dar, das Problem der Kommunikation zu lösen, das man bisher bloß abstrakt, auf regelmäßigen Delegiertenkonferenzen bewältigen wollte. Um eine aus der Praxis sich stellende Aufgabe lagern sich verschiedene Arbeitskreise, die sich je nach Aufgabenstellung bilden oder auflösen und neu konstituieren. Eine organisatorische Erstarrung wie im etablierten Wissenschaftsbetrieb wird so verhindert. Die Arbeit beginnt jetzt also nicht mehr mit der Sammlung von ›objektivem‹ Wissensmaterial – Ansatzpunkt sind jetzt die an vielen Stellen offensichtlich mißachteten Bedürfnisse der Arbeitnehmer, Schüler, Mütter, Rentner, Studenten und Arbeitslosen».

Beabsichtigt war, die von den Arbeitern mehr oder weniger isoliert gewonnenen theoretischen Erkenntnisse nicht bloß in die Produktions- und Konsumtionssphäre der Abhängigen zu übertragen, sie sprachlich umzusetzen und zur Basis der Bewußtseinerweiterung zu machen, sondern jene sollten Fragestellungen und Antworten unter Anleitung und Hilfe selbst hervorbringen und so als handelnde Subjekte zur Erkenntnis ihrer selbst gelangen. Dies konnte nicht von außen – akademisch introjiziert – geschehen, vielmehr mußte als Reaktion aus der unmittelbar erlebten Sphäre der Widersprüche heraus der erfahrene Druck die Aktionsbereitschaft mobilisieren und lenken helfen. Dazu war die Mitarbeit der Betroffenen unerlässlich.

Im Rahmen der Kampagne zum 1. Mai 1968 entstanden Basisgruppen in vielen Bezirken Westberlins, an denen ein Großteil des Potentials der Kritischen Universität beteiligt war. Hier betrug die Zahl der Nichtstudenten, also vor allem Schüler, Lehrlinge, Jungarbeiter, oft mehr als die Hälfte aller Mitglieder, während in den KU-Arbeitskreisen selten ein Viertel erreicht oder gar überschritten wurde. Diese Entwicklung kann nur formal als eine Schwächung der KU interpretiert werden, wohl kaum aber als Aufgabe der zugrundeliegenden Konzeption. Letztlich gilt das auch für die Schlußphase der KU als Organisation, für die Zeit des Sommersemesters 1968.

Die Praxis von Wissenschaft mußte mit einer politischen Praxis identisch sein, als deren Voraussetzung die Verhinderung der Notstandsgesetze betrachtet wurde. Bis zur zweiten und dritten Lesung der Notstandsgesetze stand die KU wieder unter dem Zeichen einer zentralen Kampagne. Sie erreichte ihren äußeren Höhepunkt in den Institutsbesetzungen der Freien Universität. Damit war auch der Schwerpunkt der studentischen Aktivität wieder mehr in die Universität verlegt worden, sicher mitverursacht durch den bescheidenen Erfolg der Antinotstandsdemonstration. Und hier zeichnete sich ein bedeutsamer Wandel in der Universitätspolitik der Studenten ab. Stand bislang die Studienreform verständlicherweise im Vordergrund, weil der Kampf für die unmittelbaren Interessen den dringendsten Bedürfnissen entsprang und die größte Aussicht auf Solidarisierung und Massenbasis besaß, so erkannte man jetzt, daß entscheidende und langfristige Veränderungen nur durch eine gleichzeitig vorgenommene Instituts- und Hochschulreform möglich seien.

Auch in Hinblick auf diese strategische Wende muß das Schicksal der KU interpretiert werden. Im Grunde genommen bedeutete der »Auszug« der kritischen Studenten aus der FU in die Seminare der KU eine Entschärfung des inneren Konflikts, was z.B. besonders von den konservativen Professoren immer verkannt worden ist; indessen abzulesen auch am Rückgang der Vorlesungsrezensionen und Seminarkritiken im FU-Spiegel. Die Darbietung der offiziellen Lehre war den linken Studenten so obsolet geworden, daß nicht einmal die kritische Auseinandersetzung mit ihr noch lohnenswert schien. Doch man wurde sich bald klar über die Ambivalenz der KU-Aktivität und bereits lange vor der Notstandskampagne wurden Überlegungen angestellt, wie das kritische Potential wieder stärker in den offiziellen Universitätsbetrieb eingebracht werden

könnte, ohne die KU als Organisation selbst in Frage zu stellen. Eine grundsätzliche Lösung des Dilemmas wurde nicht gefunden; in der Praxis hatte sich aber noch während des ersten KU-Semesters eine Art Partisanentaktik in den offiziellen Seminaren entwickelt, die ihre Rückendeckung in der Kritischen Universität fand.

In den Auseinandersetzungen der Studenten mit ihren Dozenten über die Funktion der Wissenschaft in einer Notstandsgesellschaft wurde die Hilflosigkeit spürbar, die politisch negativen Entwicklungen in der Bundesrepublik aufzuhalten, sofern die Produzenten nicht selbst über ihre Produktionsmittel verfügten. Übertragen auf die Sphäre der Universität hieß das: Intensivierung der Demokratisierungsbestrebungen an der FU, Forderung nach paritätischer Mitbestimmung, Finanzierung studentischer Forschungsprojekte usw. Kritische Theorie mußte so lange ohnmächtig sein, wie sie nicht über die Machtmittel adäquater Praxis verfügte, d.h., wieder auf die Universität übertragen, so lange sie nicht wenigstens die staatlichen Ressourcen nutzen konnte, die zur Ausarbeitung von Analysen und der daraus folgenden Praxis notwendig sind.

Die Tendenz war in der Folge, die KU in die FU zu integrieren und damit die kritische Wissenschaft als Antrieb zu permanenter Veränderung der Gesellschaft zu institutionalisieren.

Ganz offen geschah dies z.B. mit dem BÜchner-Colloquium der Kritischen Universität, das zu Beginn des vergangenen Sommersemesters im offiziellen KU-Programm als gemeinsame Veranstaltung mit der FU angekündigt wurde. Man wollte von der Möglichkeit Gebrauch machen, wie es dort hieß, »Thematik und wissenschaftliche Zielsetzung der KU in die FU hineinzutragen«. Die Planung lag weiterhin bei den Studenten, die Leitung nach außen, d.h. gegenüber der FU, übernahm eine Assistentin, die auch die Seminarscheine ausstellte. Im größeren Umfang wurde dann von der ad-hoc-Gruppe der Germanisten für dieses Semester ein Programm entwickelt mit dem Thema »Ideologie als Produkt und Agens im geschichtlichen Prozeß. Literatur in der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands von 1850-1914«, das von fünf Arbeitsgruppen unter der formalen Leitung von fünf Assistenten behandelt wird. Die explizite KU-Problematik ist evident, obwohl hier ganz auf das Etikett KU verzichtet wurde. Schließlich gelang es auch den Studenten zahlreiche Seminare, besonders in Politologie und Soziologie, so umzustrukturieren, daß sie ihr wissenschaftskritisches Interesse gewahrt sehen konnten. Trotzdem blieben noch einige Arbeitskreise der KU übrig, die keinen institutionellen Rahmen fanden, vor allem bei den Mediziner*innen. Hier bildeten sich wieder halbprivate Zirkel, aber auch kurzfristig konstituierte Aktionsgruppen, deren Tätigkeit nicht minder effektiv ist als die der alten KU-Seminare.

Viele derartige Initiativen gehen jetzt aber von den ad-hoc-Gruppen aus – einer neuen Organisationsform studentischer Hochschulpolitik, deren organisatorisches Gewicht als Aktionskerne bereits das der alteingesessenen politischen Hochschulverbände erreicht oder gar schon überschritten hat. Damit ist zugleich eine der Hauptforderungen der KU, die sie sich bei ihrer Gründung stellte, eingelöst worden. Und in der Tat hat sich ein Großteil des politischen Potentials der KU in ihnen neu gesammelt. Mit ihrer offenen Struktur: jeder kann mitwirken, niemand wird in besondere Funktionen gewählt, damit entfällt auch das Problem der Amtsautorität – entsprechen sie am ehesten der gegenwärtigen antiautoritären Struktur der politisch aktiven Studentenschaft. Inzwischen gibt es ad-hoc-Gruppen an fast allen Fakultäten und an den meisten großen Instituten der Philosophischen Fakultät. Hiermit hat sich vollzogen, was als Verlegung der Entscheidungen an die Basis bezeichnet wurde. Weniger der AstA und schon gar nicht der Konvent bestimmen die faktische Politik an den Instituten und Fakultäten, sondern die ad-hoc-Gruppen, die zwar oft zugleich die Aufgaben der Studentenvertretungen wahrnehmen, als ad-hoc-Gruppen sich aber vom »Mauschelzwang« mit den Ordinarien befreit fühlen und damit unabhängiger und notfalls auch mit mehr Druck auftreten können.

Die Einheit all dieser Gruppen garantiert die gemeinsame kritisch-theoretische Basis, die auch in

ihren verschiedenen Formen als antiautoritäre oder dezidiert sozialistische Position noch genug Kohärenz besitzt, gemeinsames Handeln zu ermöglichen.

Die Kritische Universität kann rückblickend als nötige Durchgangsstufe angesehen werden, weil sie die Diskussion über das gemeinsame Wissenschaftsverständnis provozierte, das bis jetzt als bindendes Element alle Diskussionen und Aktionen bestimmte. Mehrere Äußerungen von Professoren gerade in der letzten Zeit beweisen zudem, daß sie die KU nicht als harmlose Eintagsfliege betrachten, wenn sie jetzt vor der Integration der KU in die FU warnen. Aber auch für viele Liberale und Sozialdemokraten unter den Dozenten ist es bitter, ihre Hoffnungen auf den FU-Frieden qua Partialreform mit Hilfe des Vorschaltgesetzes, das die drittelparitätische Institutsreform ermöglicht, so nachhaltig getäuscht zu sehen.

Doch den Studenten geht es nicht um Reform von Mißständen, sondern um grundlegende und permanente Veränderungen, weshalb auch alle Bemühungen der liberalen Dozenten durch fixierte Satzungen die Protestbewegung abzufangen, letztlich fehlgehen müssen. Von der Mehrheit der politisch aktiven Studenten werden letztlich nur Satzungen akzeptiert, die die demokratische Dynamik von Wissenschaft und Gesellschaft strukturell widerspiegeln und offen für alle emanzipatorischen Bedürfnisse der an Lehre und Forschung Beteiligten sind, einschließlich direkt verändernder politischer Praxis. Auf diese Weise soll künftig verhindert werden, daß sogenannte wertneutrale Wissenschaft faktisch als affirmatives Gerüst bestehender Verhältnisse fungiert und sich eine neue unkontrollierbare Herrschaft in den Institutsräten etabliert.

Indem die Kritische Universität sich also in die offizielle Universität begab, hat sie zwar Teile ihrer organisatorischen Konzeption aufgegeben, wesentliche Programmpunkte aber beibehalten. Der Phase der Selbstverständigung mußte die Phase der konkreten, praktischen Veränderung folgen.

Die Gesetze des Handelns lassen sich aber nicht allein aus der Theorie ableiten. Und umgekehrt ist an der Resonanz der Vorlesungs-Go-Ins im Dezember und an der Strategie der Studenten am Philosophischen Seminar eine Schwierigkeit sichtbar geworden, die in früheren Phasen der Auseinandersetzung unbekannt war: Die Universität ist mit ihren wechselnden Studentengenerationen eine sehr dynamische Formation. Wenn die Basis für einen dauernden, reflektierten Umwälzungsprozeß erhalten bleiben soll, muß auch die studentische Avantgarde bereit und in der Lage sein, ihre kritischen Begriffe anderen gegenüber und besonders dem Bewußtseinsstand der Jüngeren entsprechend immer wieder an einem konsistenten Theorie-Praxis-Verhältnis zu vermitteln. Viele reproduzieren nur äußerst ungern frühere Stufen des eigenen Lernprozesses; indem sie aber aktuelle Handlungsketten nur noch verkürzt propagieren, überlassen sie die Jüngeren in sprachloser Abhängigkeit. Der eigene Lernprozeß ist aber durch Thesen oder bloße Aktionen nicht zu ersetzen.

Gerade für diese Aufgabe wäre die KU heute sicher noch eine nützliche Institution. Sie kann erst dann als voll ersetzt gelten, wenn die Projekt- und Forschungsgruppen der Studenten ihre Arbeit in den reformierten Instituten im vollen Umfang haben aufnehmen können.